

In den Disput der Verbände, die beim Gerangel um die Strukturreform mitmischen wollen, haben sich nun auch die Arbeitgeber eingeschaltet. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) präsentierte 20 „Eckpunkte“ unter dem Motto „Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit sichern!“ – selbstredend als „Wunschpaket . . . an die Politik, Handlungsfähigkeit in einem Bereich zu beweisen, der jeden Bürger unmittelbar angeht und betrifft“.

Gewiß: Zum politischen Handeln gehört das Bemühen, wichtige Reformvorhaben in statu nascendi zu beeinflussen. Schließlich sind die Arbeitgeber wesentlicher Mit-Geldgeber des finanziell immer üppiger ins Kraut schießenden Systems der sozialen Sicherung. Im Gleichklang mit den Gewerkschaften (DGB, DAG, CDA, KAB u. a.), aber auch mit starken Strömungen innerhalb der Regierungskoalition und noch mehr mit der Opposition schieben die Arbeitgeber jedoch den „Leistungsan-

Strukturreform

Entlastungs- Wunschpaket

bietern“ in erster Linie die Verantwortung für die „explodierenden“ Krankheitskosten in die Schuhe. Hinzu kämen systembedingte Steuerungsmängel, Strukturverwerfungen und das total intransparente Finanzierungs- und Leistungssystem, was die Anspruchshaltung der Versicherten und die Begehrlichkeit der Leistungserbringer und Versicherten fördere.

Wie gehabt, wird den Ärzten auch von der BDA vorgeworfen, sie seien so ziemlich an allem schuld, zumindest nähmen sie eine Schlüsselposition als Kostenverursacher und -veranlasser in der Krankenversicherung ein. Der Arzt müsse wissen, daß er im Durchschnitt das Vierfache der Kosten veranlasse, die er selbst in Rechnung

stelle. Auch das Krankenhaus, der Arzneimittelsektor, die Heil- und Hilfsmittel müßten mit drakonischen Maßnahmen an die Kostenkandare genommen werden.

Auch das Kassen-Patentrezept der Bonus-Malus-Regelungen hat sich die BDA zueigen gemacht: So sollen in erster Linie die Ärzte durch Abstriche am Honorar, aber auch mit Hilfe schärferer Überprüfungen durch die Kassen wirtschaftlich „diszipliniert“ werden. Und die Versicherten sollen Zubeußen bei Kuren (auch über Anrechnung von Teilen des Urlaubs), bei Medikamenten, Heil- und Hilfsmitteln, Kieferorthopädie in Kauf nehmen und dem Krankenscheinsystem ade sagen. Nach dem Sankt-Florians-Prinzip sollen Versicherte und Leistungserbringer leiden. – Man könnte diesem „Wunschpaket“ das Motto vorausschicken: Der Gesundung des „kranken“ Gesundheitswesens nützt alles, was die Arbeitgeber entlastet. Aber das käme sicher auch der BDA zu ironisch vor. HC

Eine der Haupttätigkeiten der Weltgesundheitsorganisation wie ihres Regionalbüros für Europa ist die Veranstaltung von Tagungen, bei denen mehr oder manchmal auch weniger wichtige gesundheitspolitische Themen erörtert und manchmal sogar konkrete Empfehlungen erarbeitet werden. Darüber erscheint dann ein Bericht. So lag zum Beispiel am 23. Oktober 1987 ein solcher Bericht auf dem Redaktionsschreibtisch: „EURO – Berichte und Studien 100: Gesundheit und Umwelt, Bericht über eine WGO-Tagung“, Oktavformat, 44 Seiten. Also schön knapp und kurz; der Redakteur freut sich, einmal wieder etwas Übersichtliches zur Umweltproblematik zur Hand zu haben.

Eine erste flüchtige Lektüre allerdings enttäuscht. Das meiste sind Gemeinplätze: Wie schlecht die Datenlage ist, und

„EURO“päisches

Das Neueste von vorgestern

was man dagegen tun sollte („sollte“ ist das häufigste Wort überhaupt), oder: Was ist und wie betreibt man Risikoabschätzung? Es finden sich Erörterungen, wie es mit der Umweltentwicklung weitergehen wird – und dann fällt da plötzlich eine völlig falsche Voraussage auf. Nanu, fragt der Leser und tut das, was er eigentlich zuerst hätte tun müssen – er sucht danach, wann denn jene Tagung stattgefunden hat. Auf dem Umschlag steht kein Datum, aber auf der Innentitelseite ist ganz verschämt ganz unten in der Ecke der Vermerk: „Wien, 12. bis 16. Dezember 1983“.

Vier Jahre also dauert es fast, bis die vierundvierzig Seiten verfaßt, von wer weiß von wievielen Leuten korrigiert und genehmigt, schließlich gedruckt und verschickt worden sind. Ein Blick auf die Liste anderer Publikationen aus dem selben Hause zeigt, daß das dort ganz normal ist: Im günstigsten Falle einmal erscheint ein Bericht zwei Jahre nach der Tagung. Pech gab es bei dem Bericht über eine Tagung „Störfälle in Kernkraftwerken: Handlungsgrundsätze für das Gesundheitswesen“, die 1981 in Brüssel veranstaltet worden war. Als der Bericht endlich erschien, war Tschernobyl schon in die Luft geflogen.

Und was macht der Redakteur nun: Er schreibt auf den Umschlag: „Archiv – ablegen unter Antiquitäten!“ und wirft das „EURO“-Heft in sein Ausgangskorbchen. bt